

Liechtensteiner Volksblatt

erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Streik bei der Lufthansa

Mehrere Tausend Lufthansa-Mitarbeiter auf zehn Inlandsflughäfen der Bundesrepublik sind am Montag morgen zum ersten Mal seit 14 Jahren in einen unbefristeten Streik getreten und haben für Verspätungen im Luftverkehr gesorgt. Mit Beginn der Frühschicht legten nach Angaben der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) allein auf dem grössten deutschen Flughafen in Frankfurt rund 1.000 Beschäftigte vor allem des Bodenpersonals ihre Arbeit nieder. Der Morgenflug von Bremen nach München und zurück musste nach den Worten eines Lufthansa-Sprechers annulliert werden, rund ein Viertel der Flüge startete mit Verspätung.

Afghanistan gibt nicht auf

Der Präsident der zusammengesetzten Gruppen der afghanischen Mudjaheddin, Gullbudin Hekmatyar, hat am Montag vor der Presse in Bonn versichert, dass die Mudjaheddin und die ganze afghanische Bevölkerung ihren Widerstand gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans niemals aufgeben würden. Ohne einen bedingungslosen und schnellen Abzug der sowjetischen Truppen, die er auf derzeit 230.000 Mann bezifferte, werde es keinen Frieden und keine Lösung in Afghanistan geben.

Noch 83 Tage bis zur Wahl!

Der Parteitag vom Sonntagabend erinnerte manchen an den 10. Dezember 1973. Damals herrschte eine ähnliche Aufbruchstimmung in der FDP wie an diesem 10. November. Und auch damals fand die Wahl an einem 2. Februar statt. Mehrten sich deshalb die Stimmen, die bombenfest davon überzeugt sind, dass es das nächste mal «kehrt»?

Geschmunzelt hat man natürlich auch am Parteitag über das FDP-Parteitagsergebnis, das am Freitag im «Liechtensteiner Vaterland» und im «W&O» erschienen war. Das VU-Pressorgan hat nach aussen mitgeschmunzelt. Hinter den Kulissen haben sich einige Herren in der VU angeblich übel beschimpft und sind in öffentlichen Lokalen über FDP-Parteisekretär Edgar Nipp hergefahren. Am Sonntagabend fragte man sich im Vaduzer Saal, was denn eigentlich so schlimm daran sein könnte, dass jemand im «Vaterland» ein FDP-Insert aufgibt. Wo die VU doch einmal unter dem Slogan «Lebendige Demokratie» in eine Wahl zog. Aber das liegt natürlich schon mehr als zehn Jahre zurück.

Morgen sind es nur noch 82 Tage bis zur Wahl. Dann hat endlich wieder einmal das Volk das letzte Wort, das in den letzten vier Jahren ja kaum zum Zuge kam oder immer wieder locker ausgetrickst wurde. Siehe Volksbegehren über die Landtagserhöhung und VU-Gegenvorschlag in Sachen Gleiche Rechte...



FBP: Mit Herz und Mut für Liechtenstein

Glanz- und stimmungsvoller FDP-Parteitag mit Nomination und Verabschiedung des Parteiprogramms

«Mit Herz und Mut für Liechtenstein» – so heisst der Wahlslogan der FDP für die kommenden Landtagswahlen. Die Beherrschung und der Mut, der für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes als notwendig erachtet wird, löste bei den zahlreichen Delegierten und Gästen – die nicht alle im Vaduzer Saal Platz hatten, sondern auch auf Galerie und Foyer ausweichen mussten – Überraschung, aber auch spontane Zustimmung aus. Überraschung einerseits durch den Slogan selbst, auf der anderen Seite durch die geschickte dramaturgische Inszenierung der Präsentation.

Gemäss dem Slogan «Mit Herz und Mut für Liechtenstein» zogen sich einige Konstanten wie ein roter Faden durch die Reden und Ansprachen des Parteitages. Aus der optimistischen Grundhaltung der Referate wie auch aus der ausgezeichneten Stimmung der Delegierten und Gäste war zu spüren, dass sich die FDP nach einem Stimmungstief vor einigen Jahren zu einer Zuversicht und Hoffnung verbreitenden Partei gewandelt hat. Die Fortschrittliche Bürgerpartei verbreitet den Eindruck, dass sie einerseits den festen Willen besitzt, die Zukunft unseres Landes als Mehrheitspartei zu gestalten, andererseits durch ihre nominierten Mandatäre auch in der Lage ist, die nicht einfachen, sondern immer komplexer werdenden Probleme zum Wohle unseres Landes und der Bürger zu lösen.

Zu den Konstanten gehört die in verschiedenen Variationen ausgebreitete Überzeugung, dass die Volksvertretung für die Bewältigung der jetzigen und künftigen Aufgaben einer Verstärkung bedürfe. «Wir Bürger verlangen von einem neuen Landtag auch vermehrte

Freie Wahlen in Brasilien

Rio de Janeiro (AP) Brasiliens Bürger sind am Freitag aufgerufen, die Bürgermeister und Gemeinderäte in 201 von insgesamt 4000 Städten und Gemeinden des Landes zu wählen. Es wird die erste freie Wahl im grössten lateinamerikanischen Land seit einer Generation sein. Seit 1964, als die Militärs im Lande die Macht ergriffen und diese erst im März dieses Jahres wieder abgaben, hat in Brasilien kein Urnengang mehr stattgefunden, der von den uniformierten Machthabern nicht massiv beeinflusst oder doch zumindest streng kontrolliert worden wäre. Deshalb messen politische Beobachter in Brasilien diesen Wahlen überregionale Bedeutung zu.

Ausübung von Kontroll- und Überwachungsfunktionen», meinte Ehrenpräsident Dr. Peter Marxer, da die Volksvertretung das Gegengewicht des Volkes zu Regierung und Bürokratie sei. «Das Volk muss», so Dr. Marxer mit Nachdruck, «in den nächsten vier Jahren das Heft wieder vermehrt in die Hand nehmen». Die von Parteipräsident Dr. Herbert Batliner vorgelegene Liste von Mängeln und Fehlleistungen, gepaart mit Arroganz und Machtdemonstrationen, der heutigen Regierung verdeutlichte, dass es so nicht bleiben soll, wie die Union proklamierte, sondern dass ein neuer Zug, ein frischer Wind in die Politik unseres Landes einziehen muss.

Die Alternative wurde am FDP-Parteitag durch die Präsentation der neuen Kandidatenmannschaft für den Landtag, der Vorstellung des Wahlprogramms 1986 und wiederum, nach dem Parteitag in Schaan, in der Person von Dr. Herbert Wille, dem Kandidaten für das Amt des Regierungschefs, unterstrichen. Die Landtagsmannschaft, darunter drei Frauen, strahlte die Zuversicht aus, die für die Bewältigung von schwierigen Aufgaben notwendig oder unumgänglich ist. Das

Parteitag der österreichischen Sozialisten in Wien:

«Mutig in die neuen Zeiten»

Wien (AP) Unter dem Motto «Mutig in die neuen Zeiten» ist am Montag in Wien der dreitägige 29. Parteitag der österreichischen Sozialisten (SPÖ) eröffnet worden. Den rund 600 Delegierten liegen etwa 160 Anträge und 32 Resolutionen vor. Kontroverse Diskussionen werden jedoch kaum erwartet, da die strittigsten parteiinternen Punkte, etwa die Affäre rund um den früheren Finanzminister Hannes Androsch, in den bisher vorliegenden Anträgen nicht zur Debatte gestellt werden.

Der Parteitag wurde vom Wiener SPÖ-Vorsitzenden Leopold Gratz eröffnet. Er sagte, dass die Zukunft für die SPÖ keine Bedrohung, sondern eine Chance darstelle. Die SPÖ hatte bei den letzten Nationalratswahlen 1983 die absolute Mehrheit verloren und regiert seither in einer Koalition mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ). Der SPÖ-Parteichef, Bundeskanzler Fred Sinowatz, wird heute Dienstag ein Grundsatzreferat halten. Im Vordergrund des ersten Tages standen die Berichte der Zentralsekretäre. Neuwah-

Parteiprogramm bietet die Handhabe für die Verwirklichung der FDP-Zielsetzungen, die sich nicht an Worthülsen oder Utopien orientieren, sondern am Anspruch der Realisierung eines «gesunden Fortschritts». Der Kandidat für das Amt des Regierungschefs schliesslich, der in seiner programmatischen Ansprache die Grundzüge des Programms und dessen Verwirklichung umriss, steht als Garant für die Verwirklichung der mit dem Parteiprogramm verabschiedeten Zielsetzungen.

«Mit Worten und Proklamationen kann dieses Programm nicht in die Tat umgesetzt werden», sagte Ehrenpräsident Dr. Peter Marxer, eine Realisierung sei nur möglich, wenn tüchtige Frauen und Männer die alles entscheidende Mehrheit im Landtag erringen könnten. Die FDP gehe mit einem mutigen Programm in den Wahlkampf, sekundierte Parteipräsident Dr. Herbert Batliner, doch wer Gutes bewahren möchte, müsse erfinderisch sein und sich auch gegenüber dem Neuen aufschliessen. Der Wahlslogan «Mit Herz und Mut für Liechtenstein» enthält beide Komponenten: Den Mut zum Neuen wie den Mut zum Bewahren!

len des Parteivorstandes sind für Dienstag vorgesehen. Besonders wurden die Verdienste des SPÖ-Kandidaten für die Bundespräsidentenwahlen im kommenden Jahr, Umweltminister Kurt Steyrer, von den Delegierten gewürdigt.

Am Mittwoch werden die Resolutionen und Anträge erörtert. Dabei werden unter anderem ein Einfrieren der diplomatischen Beziehungen zu Südafrika, der Bau des umstrittenen Donaukraftwerks Hainburg und die Einführung des wahlweisen Karenzurlaubes («Mutterschaftsurlaub») für Frauen und Männer gefordert. Ein strittiger Punkt ist der Berufungsantrag des Chefs der Journalistengewerkschaft, Günther Nennung, gegen seinen Parteiausschluss im Zusammenhang mit den Vorfällen um das Kraftwerk Hainburg.

Ein weitere zentrales Thema ist die Situation der Frauen in der SPÖ. So liegt ein Antrag für eine «Quotenregelung» vor, wonach künftig jedes dritte Mandat von einer Frau zu besetzen ist.

KOMMENTAR

Die Gründer der Familienausgleichskasse hatten sozialpolitische Überlegungen ins Feld geführt, um die Staffelung der Kinderzulagen nach der Anzahl der Kinder zu erreichen. Ihre Nachfolger gingen vom Grundsatz der Gleichbehandlung aller, der Bezugsberechtigten wie der Kinder, aus. Nun liegt dem Landtag eine Gesetzesrevision vor, mit der – etwas differenzierter – die ursprüngliche Lösung wieder in Kraft gesetzt werden soll. Die Vor-

Weiter differenzieren?

lage umfasst eine Staffelung der Beiträge an die Familie nach der Kinderzahl sowie nach dem Alter. Die sozialpolitischen Wandlungen, die sich nach dem Ruf zur Gleichbehandlung in den frühen siebziger Jahren vollzogen, finden ihre Berücksichtigung im Gesetzesentwurf.

Zum Teil wenigstens. Die Vorlage ist zwar ein Fortschritt, doch fragt man sich, ob in unserem kleinen Land, dessen Überschaubarkeit gegenüber dem Ausland oft mit farbigen Tönen angepriesen wird, ob nicht weitere Differenzierungen möglich wären.

Nur noch wenige Prozente unserer Familien haben fünf oder mehr Kinder. Ihnen würde, nach dem heutigen Verständnis der Sozialpolitik, eigentlich mehr zuzustehen. Doch die Differenzierung hört bereits nach zwei Kindern auf.

Nicht alle haben das gleiche Einkommen. Familien mit niedrigem Einkommen sollten, wiederum nach dem heutigen Verständnis der Sozialpolitik, eine besondere Förderung erfahren. Doch egal ob Millionär oder armer Schlucker, die Familienzulagen sind gleich hoch.

Man weiss, dass eine Staffelung nach Einkommen problematisch ist, da bei der Deklaration des Einkommens nicht alle die gleiche Art von Ehrlichkeit besitzen oder zumindest nicht die gleiche Auffassung haben, was denn Einkommen überhaupt ist. Doch müssten sich doch Wege finden lassen, ein einigermaßen ausgewogenes System zu schaffen.

Kein Zauberwort, aber eine Lösung wäre die Koppelung mit den Steuern. So gerecht wie die Steuergerechtigkeit wäre dann das System der Familienzulagen allemal noch. (G. M.)

Werden Flugpreise in Europa billiger?

Brüssel (spk/dpa) Fliegen ist teuer in Europa. In gegenseitigen Absprachen legen die nationalen Luftfahrt-Gesellschaften hohe Flugpreise fest. Jetzt ist Bewegung in die starren Tarifstrukturen ohne Konkurrenz gekommen. Die EG-Kommission fordert Wettbewerb auch über den Wolken. Mit ihren Vorschlägen zu einer «Liberalisierung» im innergemeinschaftlichen Flugverkehr werden sich an diesem Donnerstag in Brüssel erstmals die EG-Verkehrsminister auseinandersetzen.

Rechtzeitig vor dieser Sitzung haben die europäischen Fluggesellschaften die Kommissions-Initiative gekontert: Unter dem zusätzlichen Druck eines anstehenden und möglicherweise negativen Urteils des Europäischen Gerichtshofs über die gegenwärtige kartell-ähnliche Praxis und nachhaltiger Forderungen der Verbraucherverbände und Konsumentenorganisationen nach billigeren Flugpreisen hat der Verband der Europäischen Fluggesellschaften (AEA) diesen Turbulenzen mit eigenen Niedrigpreis-Vorschlägen gegengesteuert. Nach dem – von einem Modell der IATA (International Air Transport Association) ausgehenden – AEA-Beschluss soll es unterhalb der Economy-Klasse einen um 20 Prozent niedrigeren Spartarif und einen um bis 40 Prozent niedrigeren «Super-Spar-Tarif» geben. Durch zusätzliche Abwechslungen von 15 Prozent soll der billigste Tarif um etwa die Hälfte unter dem Normaltarif liegen. Nur die Sondertarife sollen demnach flexibel innerhalb gewisser Zonen gehandhabt werden.